

# Auf der Straße zur Beitragsfreiheit

CDU schlägt sich im Kampf um Abschaffung der Ausbaubeiträge auf Seite der Freien Wähler

Einige brandenburgische CDU-Politiker haben Bedenken wegen des Verzichts auf Straßenbaubeiträge. Sie können ihre Parteifreunde allerdings nicht umstimmen.

Straßenausbaubeitrag und Kommunalabgabengesetz sind Wortungetüme, die furchtbar abstrakt klingen. Für die betroffenen Grundstückseigentümer ist allerdings oftmals einfach nur furchtbar, was sich dahinter verbirgt. Sie müssen in der Regel hohe Summen bezahlen, wenn es der Gemeinde etwa beliebt, ihre Straße zu asphaltieren. Sie zahlen selbstverständlich nicht gern.

Deshalb ist es kein Wunder, dass innerhalb weniger Wochen mehr als 8000 Bürger die Volksinitiative »Straßenbaubeiträge abschaffen« unterzeichnet haben. Dazu ist am letzten Wochenende noch ein Wäschekorb voller Unterschriftenlisten eingetroffen. Diese konnten noch gar nicht gesichtet werden. Es sieht so aus, als sollte es den Freien Wählern ein Leichtes sein, die mindestens notwendigen 20 000 Unterschriften bis Jahresende beisammen zu haben. Bislang verpflichtet das brandenburgische Kommunalabgabengesetz die Städte und Gemeinden, für Anliegerstraßen Geld von den Grundstückseigentümern zu kassieren. Die Eigenheimbesitzer müssen je nach Kommune und Ausbaustufe zwischen 60 und 90 Prozent der Kosten tragen, wobei das Gesetz den Städten und Gemeinden die Wahl lässt, den Beitragsbescheiden die tatsächlichen Aufwendungen oder Einheitspreise zugrunde zu legen. Nachdem Vorstöße, die Beitragspflicht zu streichen, im Landtag durchgefallen sind, versuchen die Freien Wähler nun, die Abschaffung mittels einer Volksinitiative zu erzwingen.

Die gegenwärtige Situation lässt sich am besten an einem Beispiel erläutern. Hinter der Adresse Rehwiese in Wandlitz (Barnim) verbirgt sich eine rund 350 Meter lange Sandpiste, die asphaltiert werden sollte. Konkret hätten Eheleute,

die dort ein Eigenheim bewohnen, für die Baumaßnahme einen Anteil von mehreren tausend Euro berappen müssen. Sie lehnten das ab und erklärten, da sei es ihnen lieber, wenn die Straße ein Sandweg bleibe. Das genüge ihnen. Die Nachbarin äußerten sich ähnlich, als sie im vergangenen Jahr gefragt wurden. Die Gemeinde akzeptierte dies. Doch die Anwohner befürchten noch ein wenig, dass später einmal vielleicht nicht mehr auf sie gehört wird.

Das könnte in der benachbarten Stadt Bernau nicht mehr geschehen. Hier wurde 2014 Bürgermeister Hubert Handke (CDU) in einem Bürgerentscheid abgewählt. Der umstrittene teure Straßenausbau spielte dabei eine gewichtige Rolle. Unter dem neuen Bürgermeister André Stahl (LINKE) geht die Stadtverwaltung nun anders vor. Die Anlieger werden nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt. Gegen ihren Willen geschieht nichts mehr. Stattdessen werden ihnen Ausbauvorschläge mit Kostenrechnungen unterbreitet, und sie dürfen selbst entscheiden, was sie wollen und was nicht.

Das habe dazu geführt, dass der Straßenbau in Bernau nicht mehr überdimensioniert geplant werde, um die Kosten für alle so gering wie möglich zu halten, lobt Péter Vida, Landesvorsitzender der Freien Wähler. Der neue Kurs habe keineswegs dazu geführt, dass gar kein Straßenausbau mehr stattfindet. In der Hälfte der Fälle stimme die betroffene Bevölkerung dem vorgeschlagenen maßvollen Ausbau zu. Das Anlegen unnütz breiter Straßen, die einige Autofahrer nur zum Rasen verleiteten und das Ortsbild zerstörten, gehöre nun aber der Vergangenheit an, sagt Vida. Das klingt nach einer Lösung, die für das gesamte Bundesland Vorbild

sein könnte. Doch andere Gemeinden, andere Sitten. In Fredersdorf-Vogelsdorf (Märkisch-Oderland) etwa gab es 2014 einen Dauerstreit um die bereits 13 Jahre zuvor ausgebaute Ebereschestraße. Ein Mitarbeiter hatte bei einer Weiterbildung erfahren, dass für den Ausbau damals ein zu geringer Beitrag verlangt worden war. Bürgermeister Uwe Klett (LINKE) hielt sich daraufhin streng an Recht und Gesetz und veranlasste Nachforderungen. Wütende Reaktionen waren die Folge. 2015 verlor Klett die Bürgermeisterwahl.

Doch nicht überall streiten Kommunen mit ihren Einwohnern um den Straßenausbau. So fehlte der Gemeinde Bergholz-Rehbrücke (Potsdam-Mittelmark) das Geld, um für viele Straßen auf einmal den eigenen Anteil zu leisten. Bürger, die angesichts von Dreck und Matsch vor ihren Häusern die Nase voll hatten, entscheiden sich deshalb, einfach die komplette Summe aus eigener Tasche zu bezahlen, damit sie eine ordentliche Asphaltpiste bekommen. Alle waren am Ende damit glücklich. Wäre eine solche Lösung nicht mehr möglich, wenn die Straßenbaubeiträge abgeschafft werden? Péter Vida sieht hier kein Problem. Privatstraßen wären machbar, versichert er.

Brandenburgs Linksfraktionschef Ralf Christoffers erklärt, er könne sich einen gänzlichen Verzicht auf die Beiträge nur schwer vorstellen. Er will allerdings ein Gutachten des Innenministeriums abwarten.

Das Land müsste den Kommunen die Einnahmen ersetzen, die ihnen durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes entgehen. Vida rechnet mit 26 Millionen Euro jährlich und hält das für machbar.

Der Bürgermeister von Schönwalde-

Glien (Havelland) hat seine Zweifel. Finanzieller Ausgleich durch eine Pauschale vom Land? »Die Nummer kenne ich«, winkt Bodo Oehme (CDU) ab. Bei der Abschaffung der Kitagebühren für das letzte Jahr vor der Einschulung habe die rot-rote Landesregierung auch nur eine Pauschale gewährt, die sich an einem Durchschnittswert orientierte. Wenn in einer Gemeinde mehr Gebühren wegfielen, habe sie Pech. Schon jetzt, die Beiträge sind noch gar nicht abgeschafft, habe er in seinem Amtszimmer viel Besuch von Bürgern, die ihre bereits gezahlten Summen erstattet haben wollen.

Michael Oecknigk, ehemaliger CDU-Bürgermeister von Herzberg (Elbe-Elster), erinnert sich, dass ihm die Bürger in den Jahren kurz nach der Wende

auf die Schulter klopfen, wenn ihre Straße gemacht wurde. Das sei heute nicht mehr so, sagt er. 30 Prozent der Kosten eines Straßenbaus entfallen Oecknigk zufolge auf Rechtsstreitigkeiten mit Bürgern, die sich gegen ihre Beitragsbescheide wehren.

Für Péter Vida von den Freien Wählern sind die Gerichtskosten ein weiteres Argument dafür, die Beiträge abzuschaffen. Er hat jetzt die CDU auf seiner Seite. Ein Landesparteitag entschied am Freitagabend nach emotionaler Debatte, dass die CDU für die komplette Abschaffung eintreten soll. Der Appell von Bürgermeister Oehme hat nichts genutzt. Geholfen hat auch nicht, dass die Landtagsabgeordnete Barbara Richstein dafür warb, die Beiträge lieber nur abzusenken. Wenn der Staat mal

in finanzielle Schwierigkeiten geriete, so wäre es schier unmöglich, die einmal abgeschafften Beiträge wieder einzuführen, warnte Richstein vergeblich.

Es sei gut, dass die CDU nicht abwarte, bis es zu einem Volksentscheid komme, findet Lars Eichert, Landeschef der Organisation »Haus & Grund«.

»Auch in Brandenburg sind die Tage dieser unsozialen und ungerechtfertigten Abgabe gezählt«, frohlockt Peter Ohm, Vizepräsident des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer. Er fordert SPD und LINKE auf, »dem Beispiel der CDU zu folgen, endlich umzudenken und den Weg freizumachen für eine Finanzierung des kommunalen Straßenbaus aus Landesmitteln«.